

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Preis pro Vierteljahrlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: J. Quist
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Albrechtstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6902.

Anzeigengebühr für die sechsgeplattete Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Werbungsanzeigen finden keine Aufnahme

Vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat

In einem Telegramm an den König von Bayern hat der deutsche Kaiser ausgesprochen, daß er sich „unter dem Druck der allgemeinen Weltgestaltung“ zu den Zugeständnissen bereit gefunden habe, die in seinem Erlass vom 30. September verankert sind. In diesem Erlass bezeichnet es der Kaiser als seinen Wunsch, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschichte des Vaterlandes mitarbeite. „Es ist daher mein Wille“, fährt der Kaiser fort, „daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfang teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung.“ Die Folge dieses Erlasses war die Neubildung einer Regierung, deren Programm von der Mehrheit des Reichstags aufgestellt wurde und die ihr Gepräge erhielt durch den Eintritt von Vertretern dieser Reichstagsmehrheit in die Regierung, darunter auch Vertrauensmänner der Arbeiterschaft. Bei der Berufung des Prinzen Max von Baden zum Reichskanzler war nicht mehr das Vertrauen des Kaisers, sondern das Vertrauen der deutschen Volksvertretung entscheidend. Prinz Max hat sich zur Annahme der Kanzlerwürde erst entschlossen, nachdem eine Einigung zwischen ihm und der Mehrheit des Reichstags über das Regierungsprogramm erzielt war und nachdem die Arbeitervertretung im Reichstag sich zur Beteiligung an seiner Regierung bereit erklärt hatte. In seiner Programmvorrede, mit der er sich dem Reichstag vorstellte, hat er freimütig bekannt, daß ihm die Übernahme des Amtes „besonders dadurch erleichtert worden sei, daß in der neuen Regierung auch maßgebende Vertrauensmänner der Arbeiterschaft zu den höchsten Ämtern gelangt seien.“

Damit hat endlich das Deutsche Reich den entscheidenden Schritt vom alten Junkerlich-bureaucratischen Obrigkeitsstaat zum modernen Volksstaat getan. Die Ummählung ist freilich erst begonnen, nicht abgeschlossen. Die „neue Epoche in Deutschlands innerer Geschichte“, die nach dem Reichstagsfeststellung eingeleitet hat, kann nicht mehr rückgängig gemacht werden. Im Frieden kann, wie der Kanzler freilich verkündet hat, keine Regierung mehr gebildet werden, die sich nicht auf den Reichstag stützt.

Die Arbeiterschaft hat allen Anlaß, sich dieses grundlegenden Fortschritts zu freuen, für den sie einen opferreichen Kampf geführt hat. Sie ist bereit, an der Weiterentwicklung Deutschlands zu einem demokratischen Staatswesen mitzuarbeiten. Auf's tiefste beklagen aber muß es die deutsche Arbeiterschaft, daß es erst des Drucks der allgemeinen Weltgestaltung bedurfte, um den alten Obrigkeitsstaat zu begraben. Denn das Wort vom Druck der allgemeinen Weltgestaltung hat leider nicht nur für den Kaiser, sondern auch für das deutsche Volk, nicht zuletzt für die Arbeiterklasse einen zentnerschweren Inhalt. Es besagt nicht mehr und nicht weniger, als daß das deutsche Staatswesen erst vor der Gefahr des Unterganges stehen mußte, bis die innere Erneuerung Deutschlands vor sich ging. Riesengroße Opfer an Gut und Blut mußten gebracht werden, das drohende Gespenst der Zerteilung des Deutschen Reiches mußte erst vor der Tür stehen.

Wußte? Ja, nach der Politik der Gewalttäter. Sie dachten es sich zwar anders, aber sie haben sich gründlich verrechnet. Nach den Anschauungen der politisch geschulten deutschen Arbeiter mußte es nicht so kommen. Deutschlands Erneuerung wäre billiger, der Friede früher und unter günstigeren Bedingungen zu erreichen gewesen, wenn den Forderungen der Arbeiterschaft rechtzeitig entsprochen worden wäre.

Die deutsche Arbeiterschaft hat den Ernst der Lage, in der Deutschland sich befand, als neben Rußland und Frankreich auch England in den Krieg gegen die Mittelmächte eintrat, sofort erkannt und danach gehandelt. Sie gab sich nicht dem Wahnsinn hin, der die siegheraufchten nationalistischen Phantasten beherrschte, daß die deutschen Heere in einem gewaltigen Ansturm die gesamte Waffenmacht der Gegner in Ost und West niederwerfen und darauf das deutsche Schwert den Frieden diktiert werde. Sie anerkannte die Pflicht der Landesverteidigung, forderte aber vom ersten Tage des Krieges an, daß Friede geschlossen werde, sobald die Grenzen Deutschlands gesichert und die Gegner zum Frieden geneigt seien. An dieser Auffassung hat die deutsche Arbeiterschaft während der langen Dauer des Krieges stets entschlossen festgehalten und in diesem Sinne hat sie gemeinsam mit ihrer Reichstagsvertretung, wie immer die Kriegslage sich gestaltete, für den Frieden gekämpft. Nicht für verderbliche Weltkriegerpläne, nicht um imperialistischen Ziele willen wollte sie ihr Blut vergießen, sondern für ein freies Deutschland der Zukunft.

Die Arbeiterschaft hat es abgelehnt, für ihre Pflichterfüllung eine Wegengabe zu fordern, aber sie hat von Anfang an den Grundgedanken ausgesprochen, daß den gleichen Pflichten auch gleiche Staatsbürgerrechte gegenüberstehen müssen. Für ein Klassenwahlrecht ist innerhalb des Deutschen Reiches kein Raum mehr, erklärte ihre Vertretung bereits in der dritten Reichstagsung des Reichstags. Je länger der Krieg sich hinzog, desto nachdrücklicher forderte die Arbeiterschaft die Beseitigung aller überlebten Herrschaftsformen und die Begründung einer auf dem gleichen Recht beruhenden Regierung des Volkes, durch die dessen sittliche Kräfte eine Stärkung erfahren und der Welt bekundet werden sollte, daß es keiner Einmischung von außen bedürfe, um dem deutschen Volke die Rechte zu sichern, auf die es einen natürlichen Anspruch hat. Gätte man diese Forderungen zur rechten Zeit erfüllt, so würde die demokratische Volksregierung den Frieden der Verständigung früher erreicht und das deutsche Volk vor der bittersten Lage bewahrt haben, in der es sich nun befindet.

Es kam anders. Kaum hatten die deutschen Heere ihre ersten Erfolge erzielt, da traten auch die großsprecherischen Weltkrieger, die schon in der Friedenszeit dem Ansehen

Deutschlands in der Welt unermesslichen Schaden zugefügt hatten, mit ihren Plänen hervor. Die Junker und die Schwerindustrie bearbeiteten die Reichsregierung mit der bekannten Eingabe der sechs Verbände, in der die Einverleibung Belgiens, die Ausdehnung der deutschen Kolonialgebiete, eine reiche Kriegsentschädigung und noch einiges andere gefordert wurde. Im Reichstag stand die Arbeitervertretung im Kampfe für den Verständigungsfrieden zunächst allein. Die bürgerlichen Parteien überbrückten die zwischen ihnen bestehenden Gegensätze und nahmen zu der Frage der Kriegsziele in verschwommenen Erklärungen Stellung, die nicht geeignet waren, den Friedensgedanken bei den Völkern der feindlichen Staaten zu wecken und zu fördern. Die Regierung des Reichskanzlers Bethmann Hollweg verhielt sich zwar ablehnend zu den vorliegenden Forderungen der deutschen und geriet darob mit diesen in immer schärferen Konflikt, jedoch der Kanzler sich zur scharfen Kampfanlage gegen die Einflüsse der Militärpartei waren aber stark genug, um ein klares Bekenntnis der Regierung zu der Friedenspolitik der Arbeiterschaft zu verhindern. Mit vorsichtiger Scheu gab der Reichskanzler seine Friedensbereitschaft noch zu erkennen, als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Dezember 1915 ihn zu einer öffentlichen Erklärung zwang. In den vertraulichen Besprechungen mit den Arbeiterführern ging er allerdings ein gut Stück weiter und äußerte sich in einer Weise, die selbst den Abgeordneten Haase mit der „größten Genugtuung“ erfüllte. Als schließlich die deutsche Regierung im Verein mit ihren Verbündeten im Dezember 1916 ihr allgemein gehaltenes Friedensangebot an die Gegner richtete, steigerte sich der Horn der Gewaltpolitik bis zur Siedehitze und einer ihrer dreifachen Wortführer schleuderte dem Kanzler in der öffentlichen Reichstags-Sitzung das „Schaubild“ ins Gesicht.

Nach der Ablehnung dieses Friedensangebots durch die Westmächte festten die Worthelden des Schwertfriedens den verächtlichsten U-Bootkrieg durch, gegen den Bethmann Hollweg sich lange Zeit gekränkt hatte. Die sofortige Folge war die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten von Nordamerika gegen Deutschland. In den Augen der Weltkrieger hatte das nichts zu bedeuten. Amerika werde keine schlagfertige Armee auf die Beine bringen. Und wenn es dennoch Truppen nach Europa senden wollte, so würden sie von den deutschen U-Booten auf den Meeresgrund gesenkt werden. Die U-Boote würden vor allem aber England vom Meere absperren, das englische Volk einhungern und die englische Regierung binnen wenigen Monaten auf die Knie zwingen. So lauteten die Traben der kleinen aber mächtigen Gruppe, die mit Hilfe ihrer Kriegsgewinne das deutsche Volk durch eine willkürliche Presse in einen Siegesdusel zu versetzen bemüht war. Trotzdem der verschärfte U-Bootkrieg anfangs große Erfolge aufzuweisen hatte, verstrichen die Monate, von einem Zusammenbruch Englands aber war nichts zu merken. Dagegen vermehrten sich die Feinde Deutschlands. Südamerikanische Staaten brachen die diplomatischen Beziehungen ab und erklärten uns den Krieg; desgleichen China. Das mochte militärisch nicht viel bedeuten, unsere wirtschaftlichen Zukunftsaussichten erfuhren aber dadurch noch eine weitere, nicht unerhebliche Verschlechterung. Alle politischen und wirtschaftlichen Nachteile, die von den Gegnern des verschärfen U-Bootkrieges vorausgesagt worden waren, traten ein, die militärischen Erfolge, die seine Befürworter in sichere Aussicht gestellt hatten, blieben aus.

Kurz nach dem Beginn des verschärfen U-Bootkriegs brach die russische Revolution aus. Für Deutschland eine militärische Entlastung, zugleich aber ein Fingerzeig in bezug auf die innerpolitischen Notwendigkeiten. Einen günstigeren Augenblick für einen entschlossenen Friedensschritt konnte man sich kaum wünschen. Wäre jetzt Amerika nicht in den Krieg hineingerissen worden, so würde die neutrale Großmacht vorhanden gewesen sein, die erfolgreich vermittelnd hätte eingreifen können. Freilich hätte einem solchen Schritt die innerpolitische Reformierung Deutschlands vorausgehen müssen. Bethmann Hollweg verhielt sich den Zeichen der Zeit nicht völlig. Er wirkte die Osterbotschaft zugunsten der Wahlreform in Preußen und richtete auch an die Adresse der ersten russischen Revolutionsregierung Friedensentwürfe, die auf eine für beide Teile ehrenvolle Verständigung abzielten. Aber die Demokratisierung Preußens wurde hinausgeschoben und den Westmächten wurden nicht dieselben Friedensentwürfe gemacht wie Rußland. Die volle Bereitschaft zur Wiederherstellung Belgiens und zur Wahrung des Bestandes Frankreichs würde bei der nun eingetretenen Lage auf der einen Seite im gequälten französischen Volke die Friedenssehnsucht gestärkt, auf der anderen das Zustandekommen des Friedens mit der Regierung Kerenski erleichtert haben. Die Gelegenheit blieb jedoch ungenützt, obgleich schon jetzt in Österreich Zeichen des stärksten Friedensbedürfnisses zutage traten. Der junge österreichische Kaiser setzte sich ein für einen Frieden, der weder Groß noch Nachgedrückt in den Völkern aufkommen lasse. Unter dem Druck der deutschen Kriegsheer kammerte sich indessen Bethmann Hollweg an die Faustpfandtheorie und deutete mit dem Finger auf die Kriegskarte, die beim Friedensschluß berückichtigt werden müsse.

Es kam der Juli 1917. Die Prophezeiungen der U-Bootkrieger zerrannen wie Butter an der Sonne, die wirtschaftliche Lage Deutschlands verschärfte sich. Einer starken Kraftanstrengung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gelang es, den unverständigen Erlass des Kaisers für das gleiche Wahlrecht zu erzwingen und eine Reichstagsmehrheit für den annerkennung- und kontributionslosen Verständigungsfrieden zustande zu bringen. Aber mit diesen zwei Schritten nach vorwärts war wieder einer

nach rückwärts verbunden. Bethmann Hollweg, der mit der neuen Reichstagsmehrheit am erfolgreichsten hätte arbeiten können, wurde beseitigt und Michaelis brachte durch seine Hinterhältigkeit die Friedenskundgebung vom 19. Juli um ihre Wirkung. Auch das Bekenntnis zur „moralischen Macht des Rechtes“, das die Mehrheitsparteien, voran die Sozialdemokratie, dem Kanzler Michaelis bei der Formulierung der deutschen Antwort auf die Friedensnote des Papstes vom 1. August 1917 mühsam abrang, mußte seine Wirkung in der feindlichen Welt versagen, da es eben keine freie ehrliche Willenskundgebung der verantwortlichen Reichsleitung war. Singu kam das von hohen militärischen Stellen unterkühlte Treiben der neugegründeten Vaterlandspartei, die nur das eine Ziel konnte, die von der Reichstagsmehrheit betriebene Verständigungspolitik zu durchkreuzen. Sie machte damit den Kriegswillen der Gegner aufs heftigste an, während die Stärkung der Friedensströmungen in den Ententevölkern für Deutschland vorteilhafter gewesen wäre. Michaelis war bald verbraucht. Sein Nachfolger Graf Hertling spann den Faden der gemollten Unklarheiten und Zweideutigkeiten mit etwas mehr Eleganz weiter. Zwar stellte er sich auf den Boden der Antwortnote an den Papst und bekannte sich feierlich zum Selbstbestimmungsrecht der Völker. Als es aber schließlich zu Friedensverhandlungen mit der inzwischen zur Herrschaft gelangten russischen Bolschewistenregierung kam, wurde dieses schöne Bekenntnis in gar merkwürdiger Weise in die Tat umgesetzt. Statt einen Ostfrieden zu schließen, der das russische Volk verführte, setzte man dem am Boden liegenden Rußland den bespotzten Stiefel in den Nacken, trieb in den Randstaaten unter der falschen Flagge der Selbstbestimmung der Völker eine kaum noch verschleierte Politik der gewalttätigen Annexion und lieferte damit den feindlichen Völkern des Westens ein abschreckendes Beispiel deutscher Friedenspolitik. Den regierenden Kriegstreibern in London, Paris, Rom und Washington war eine wirksame Waffe in die Hand gegeben. Nach dem Freiwerden des Ostheeres für die Westfront wurde ein demokratischer Ostfriede in Verbindung mit einem ebenso demokratischen Friedensversuch im Westen Wunder gewirkt haben. Auch diese glänzende Gelegenheit wurde verpaßt, obgleich die Kräfte des deutschen Volkes und mehr noch die seiner Verbündeten naturgemäß mit jedem folgenden Kriegsmonat schwächer werden mußten, während die Entente aus dem jungfräulichen Amerika einen wachsenden Kräftezufluß empfing. Gewichtige Politiker setzten sich vor Beginn der Märzoffensive für einen neuen, den Westmächten entgegenkommenden Friedensschritt ein. Ohne Erfolg. Die Frühjahrsoffensive wurde unternommen, erreichte aber trotz der großen Anfangserfolge ihr Ziel nicht. Sie kam zum Stillstand und wurde schließlich abgelöst durch die große Gegenoffensive der Feinde, die unser Heer zurückdrängte bis zu seiner alten Stellung.

Die gewaltigen Leistungen der deutschen Truppen in den vier Kriegsjahren hatten über die Lasten hinwegsehen lassen, daß schließlich auch die Kräfte des tüchtigsten Heeres begrenzt sind. Dazu kam, daß die verheerende innerpolitische Neuorientierung, die eine moralische Stärkung der Millionen in den Schützengräben bewirkt hätte, ausblieb. Gatte schon die Wählerarbeit der Vaterlandspartei, die bei den Frontsoldaten nicht Halt machte, auf die Stimmung der Truppen herabdrückend gewirkt, so empfing diese keine Hebung durch die Wahlrechtskomodie im preussischen Dreiklassenhaufe. Auch der immer läppiger in die Palme schießende Kriegswucher, gegen den sich die Regierung als ohnmächtig erwies, war kein Jungbrunnen der deutschen Volkskraft.

Das operettenhafte Spiel mit den für die östlichen Randstaaten bestimmten Kroninseln und Bergeshütten rief nicht nur spottenden Joru in den ernst gestimmten Volksmassen, sondern auch Reibungen mit den Verbündeten hervor. Die Türkei erlitt in Palästina schwere Niederlagen und suchte sich schadlos zu halten durch Besetzung des Gebiets von Bakr, das von Deutschland Groß-Rußland vertraglich zugesichert war. Bulgarien war unbefriedigt über der Rolle, die ihm im Vierbündnis spielte, konnte die innere Zermürbung und den Zerfall seines Heeres nicht aufhalten; es wich der Ententearmee in Mazedonien und fiel ab von den Mittelmächten. In Österreich-Ungarn machte der innere Zerlegungsprozeß unter den vielstimmigen Beiratsmitgliedern dieses Mißstaates rasche Fortschritte. Gegenüber all diesen Begleiterscheinungen der Kriegsverlängerung hatten sich die Phantasten, die den Traum einer Niederwerfung der ganzen feindlichen Welt durch Deutschland nicht loswerden konnten, teils als blind erwiesen, teils waren sie in größtmwahnsinnigem Eosmut an ihnen vorbeigegangen.

Da zog plötzlich mit den Herbstwinden die Ernüchterung ein. Man erkannte die entsetzliche Gefahr, die Deutschland bedrohte, und begann sich, wie ihr zu entrismen sei. Die Uhr des Reichskanzlers Hertling, der nie der eigentliche Steuermann, sondern immer nur der Steuerstrommann des Reichsschiffs gewesen war, und der auch jetzt noch mit Großvatermahnungen weiter zu kommen glaubte, war abgelaufen. Dem deutschen Volke, dem es wie Schuppen von den Augen fiel, konnte nicht mehr verheimlicht werden, daß es von der aus der Volksbeverndung ihre Kraft schöpfenden Obrigkeitsregierung dem Verderben nahe gebracht worden war. Dem entscheidenden Eingreifen der gewählten Volksvertretung, die lange genug eine Schattenmacht gebildet hatte, konnte nicht mehr widersprochen werden. Sollte nicht das dem stärksten Ansturm der feindlichen Mächte ausgelegte Deutsche Reich seinen völligen Zusammenbruch erleben, so mußte den vom Volkswillen getragenen Parteien des Reichstags die Regierung überantwortet werden.

So kam es, daß der Kaiser sich genötigt sah, „unter dem Druck der allgemeinen Weltgestaltung“ in eine Beschränkung

